

# Was können wir tun?

Lob gab es für Deutschland, weil Flüchtlinge bei uns herzlich empfangen wurden. Doch die Flüchtlingskrise stellt Deutschland und ganz Europa vor gewaltige Herausforderungen – vielleicht sogar für eine Zerreißprobe. Einige Staaten lehnen eine Quote ab, um Flüchtlinge auf der Grundlage der Einwohnerzahlen gerechter auf die Mitgliedsstaaten verteilen zu können. Angesichts der gewaltigen Massen, die in den Westen drängen, hat die Bundesregierung jetzt an der Grenze zu Österreich Kontrollen angeordnet. Ob das angebracht ist, ob wir tatsächlich genügend für die Menschen tun, was besser werden muss und ob die Neankömmlinge eine Bereicherung für unsere Gesellschaft sind, erklären Industrie- und Handelskammer-Präsident Mathias Müller, Migrationsforscher Professor em. Dr. Klaus J. Bade und Dierk Dallwitz, Kreisgeschäftsführer des DRK Frankfurt im Interview.



Zahlreiche Feldbetten stehen für Flüchtlinge in der Notunterkunft Sporthalle Kalbach bereit. Nur die Kissen und Decken fehlten zum Zeitpunkt der Aufnahme noch. Wie dem auch sei: Die erschöpften Menschen sollen erst einmal ruhen und ausschlafen können. Fotos: Roessler/Hamerski/Rüffer/Faust/Menzel/dpa



Die Flüchtlinge Jellil (li.) aus Afghanistan und Johana (re.) aus Eritrea lenken sich mit Fußballspielen ab.



Ein Flüchtling aus Afghanistan zeigt seine Ausweis- und Bezugskarte, ausgestellt vom Roten Kreuz.



Auch diese Sporthalle in Kalbach dient vorerst als Notunterkunft für Flüchtlinge in Frankfurt.



Und auch die große Fabriksporthalle im Stadtteil Fechenheim dient als Notunterkunft für Flüchtlinge.



Weitere Fotos zum Thema der Flüchtlingsunterkünfte finden Sie unter [www.fnp.de/Unterkuente](http://www.fnp.de/Unterkuente)



„Flüchtlinge willkommen“ steht auf diesem Banner an der Sportuni Ginnheim, ebenfalls eine Notunterkunft.



Hier ist die Sportuniversität an der Ginnheimer Landstraße aus einer anderen Perspektive zu sehen.

## „Im Betrieb gelingt die Integration“

Herr Müller, was kann die Wirtschaft für Flüchtlinge tun?

MATHIAS MÜLLER: Im Hinblick auf den demografischen Wandel sind die Flüchtlinge eine Chance. Es sind viele junge Leute dabei, die eine Ausbildung machen können – wir brauchen diese Leute, um dem Fachkräftemangel von morgen vorzubeugen. Damit bieten wir ihnen die Möglichkeit, hier in Deutschland Geld zu verdienen und sich eine Existenz aufzubauen.

Dann brauchen Sie andererseits auch die Flüchtlinge oder zumindest Zuwanderer? Wie sehr sind die Unternehmen auf Zuwanderung angewiesen?

MÜLLER: Den Unternehmen fällt es zunehmend schwer, qualifiziertes Personal zu finden. Bei unserer jüngsten Umfrage haben 36 Prozent der Betriebe angegeben, dass ein drohender Fachkräftemangel ein Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung darstellt. Bedenklich ist, dass dieser Wert trotz der starken Zuwanderung in unsere Region zuletzt kontinuierlich gestiegen ist. Fachkräftemangel sollte beim Thema Flüchtlinge zwar nicht im Vordergrund stehen – aber da er nun einmal existiert, können wir eine Win-Win-Situation schaffen, wenn wir auch Flüchtlinge schneller als bisher an den Arbeitsmarkt heranführen. Vielfach stellt für Unternehmen eine Bereicherung dar und ist oft ein echter Wettbewerbsvorteil. Zudem sind Betriebe sicher der Ort, an dem Integration mit am besten gelingen kann. Von daher sollte es auch für den Staat ein Anliegen sein, Flüchtlingen nicht unnötig den Weg hin zu Beschäftigung zu versperren.



IHK-Präsident Mathias Müller setzt auf Flüchtlinge, um den Fachkräftemangel zu lösen.

Aber das fordert von den Unternehmen mehr als bei normalen Schulabgängern. Ich denke da an die fehlenden Sprachkenntnisse.

MÜLLER: Sicher, Unternehmen müssen über die erfolgten Intensivkurse hinaus Sprachunterricht anbieten. Aber auch das ist nicht genug. Sie müssen bei der Wohnungssuche helfen oder bei Behördenangelegenheiten.

Selbst wenn man einen Flüchtling ausbildet und er während der Ausbildung bleiben darf, so weiß man doch nie, wie es danach weitergeht?

MÜLLER: Ja, deswegen fordern wir auch ein längeres Bleibeerecht für Auszubildende. „Drei plus Zwei“ nennen wir das. Drei Jahre Ausbildung, zwei Jahre arbeiten im Betrieb, damit die Investition in die Ausbildung sich lohnt. Bislang ist uns die Politik da noch nicht gefolgt. Deswegen gibt es auch noch nicht sehr viele Flüchtlinge in Ausbildung bei IHK-Betrieben.

Sind wir denn überhaupt ein Einwanderungsland?

MÜLLER: Ja. Und ich persönlich bin der Meinung, dass wir diese Tatsache nun endlich auch durch ein Einwanderungsgesetz anerkennen sollten. Schon um damit die Frage der Flüchtlinge und des politischen Asyls zu trennen von denen, die herkommen, weil sie sich wirtschaftlich verbessern wollen. Bislang gibt es nach Deutschland nur den Weg über das Asylverfahren. Da muss dann entschieden werden: Berechtigter oder nicht, Bleibeerecht oder nicht – und das dauert angesichts der vielen Flüchtlinge sieben Monate statt drei Monate. Wenn man denen, die nur hier arbeiten wollen, die Chance auf eine legale Einreise gäbe, würde sich das Asylverfahren entspannen. Dass wir die Leute brauchen, ist ja un-

### Flüchtlinge in Frankfurt



streitbar. Mit einem Einwanderungsgesetz hätten wir auch bessere Möglichkeiten, die Qualifikation der Bewerber zu vergleichen. Denn wer in einem Boot über das Mittelmeer flieht, hat meist keine Papiere und Zeugnisse mehr bei sich.

### ZUR PERSON

Mathias Müller (60) ist Präsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt. Müller besitzt eine Immobilienberatung in Hofheim.

## „Legale Wege nach Europa anbieten“

Herr Dallwitz, wie kümmert sich das Deutsche Rote Kreuz Frankfurt um Flüchtlinge?

DIERK DALLWITZ: Wir haben zwei Aufgaben: Zum einen sind wir für zwei Jugendhilfeeinrichtungen zuständig, in denen je mehr als 20 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge Aufnahme gefunden haben, und dann betreuen wir 50 Erwachsene. Zuletzt hatten wir dafür die Sporthalle Süd zur Verfügung.

Wie helfen Sie?

DALLWITZ: In Massenunterkünften wie einer Sporthalle sorgen wir für das Essen, wir machen Freizeitangebote, koordinieren bei Ämterbesuchen, bei ärztlichen Untersuchungen. Allerdings beraten wir nicht zum Asylverfahren. Wir bieten auch Deutschunterricht an.

Was sagen Sie zum Engagement der Bürger?

DALLWITZ: Phantastisch! Die Solidarität ist unglaublich. Eine Schulleiterin hat angeboten, während der Ferien Deutsch zu unterrichten, ist das nicht unglaublich? Und so ist es ganz oft. Wir haben inzwischen Berge an Kleidung und an Schuhen.

Dann brauchen Sie nichts mehr?

DALLWITZ: Sicher, es kommt der Winter. Aber es gibt viele in der Stadt, die auf Kleidung angewiesen sind, etwa Obdachlose. Ich fände es schade, wenn wir jetzt alles auf die Flüchtlinge konzentrieren und die anderen vergessen. Kleiderspenden kommen immer an. Aber ich kann nicht garantieren, dass die Jacke künftig vom Flüchtling aus Eritrea getragen wird.

Dann ist es für Sie inzwischen fast schon zu viel an Hilfsbereitschaft?



Der DRK-Kreisgeschäftsführer Dierk Dallwitz ist begeistert von der Hilfsbereitschaft vieler Frankfurter. Er meint, man müsste Schlepptour das Handwerk legen und den Flüchtlingen legale Wege nach Europa eröffnen.

DALLWITZ: Zu viel auf keinen Fall, das Thema Flucht wird uns wohl erhalten bleiben. Ich freue mich natürlich. Aber was ich jeden Tag an E-Mails bekomme, die ich kaum beantworten kann, das ist ein wenig enttäuschend. Deswegen ist die Stelle „Frankfurt hilft“ so wichtig, die die Ehrenamtlichen ein wenig koordinieren soll. Das entlastet die Hilfsorganisationen.

Es geschieht also genug für die Flüchtlinge?

DALLWITZ: Die Träger der Wohlfahrtspflege, die Stadtpolitik, die Ämter, die zusammenarbeiten und versuchen, die Themen so schnell wie möglich durchzubekommen. Dazu kommt die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung – das läuft Hand in Hand.

Dennoch reicht es alles nicht?

DALLWITZ: Es kommen so viele! Wir laufen immer hinter der eigenen Planung her, legen immer noch eine Schippe drauf, kommen trotzdem immer zu spät. Aktuell fehlt Wohnraum – für alle, nicht nur für Flüchtlinge. Für den Winter brauchen

wir weitere Unterkünfte und im nächsten Jahr?

DALLWITZ: Ich schätze, dass es weitergeht, so schnell wie es in diesem Jahr gekommen ist... Bis zum Sommer sind 1500 gekommen, jetzt sprechen wir von 4000 – alleine die Erwachsenen. Dazu 1250 Minderjährige. Es gibt keine Entspannung in Syrien und in den anderen Krisengebieten. Die Konflikte weiten sich eher aus.

Meist sind es junge Männer, die flüchten, und diese fehlen in ihrer Heimat. Wenn nutzt die Fluchtbewegung?

DALLWITZ: Es sind viele Hochqualifizierte, die sich auf den Weg nach Europa gemacht haben. Ich glaube aber, wir sollten den Menschen legale Wege nach Europa eröffnen und die lebensgefährlichen Schlepperrouten überflüssig machen. tjs

### ZUR PERSON

Dierk Dallwitz (38) ist Kreisgeschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes Frankfurt. Der Betriebswirt ist ausgebildeter Rettungsmitarbeiter.

## „Keine Flüchtlings-, sondern eine Weltkrise“

Herr Prof. Bade, Bilder hilfsbereiter Frankfurter gingen diese Woche um die Welt. Ist damit schon genug für die Flüchtlinge getan?

PROF. KLAUS J. BADE: Jein. Zunächst sind die Willkommensgrüße für Flüchtlinge ein exzellentes Zeichen, das den negativen Beigeschmack des hässlichen Deutschen im Ausland ins Gegenteil verkehrt. Es wäre aber überflüssig, deswegen schon von einer erfolgreichen Willkommenskultur zu sprechen.

Warum?

BADE: Bei Willkommenskultur geht es nicht nur um die freundliche Begrüßung neuer Gäste am Hauseingang, sondern um die ebenso freundliche Behandlung von seit Generationen im Haus lebenden Einwanderern. Das ist aber nur bedingt der Fall. Und für die Flüchtlinge tun wir bislang Einiges, aber noch zu wenig. Wenn man bedenkt, dass innerhalb kürzester Zeit 400 Milliarden Euro zur Rettung von Banken in selbst verschuldeter Schieflage zur Verfügung gestellt worden sind, dann ist die Investition von gerade mal drei Milliarden für die Kommunen fast



Er sieht erst den Anfang einer Bewegung: Prof. em. Dr. Klaus J. Bade.

erbärmlich zu nennen.

Wie lautete Ihre Forderung?

BADE: Eine zweistellige Zahl müsste es sein – jährlich. Und es muss auf Dauer vor allem die Sprach- und Berufsförderung intensiviert werden. Denn das sind die beiden Einstiegsschienen in die Integration. Klappt das nicht, geht

es schief und die Begrenzung der Folgen kostet dann noch mehr Geld.

Wird der Flüchtlingsstrom ihrer Meinung nach anhalten?

BADE: Die Zahlen sind natürlich unklar. Eines ist aber klar: Der Migrationsdruck wird aus nahe liegenden Gründen anhalten. In Syrien etwa wird die Lage nicht besser werden. Man wird sich also darauf einrichten müssen, dass ein großer Teil der Menschen hierbleiben wird, weil sie angesichts der politischen Situation nicht einfach in ihre Heimat zurückgeschickt werden können. Ich gehe davon aus, dass mindestens in den nächsten zwei bis drei Jahren weiterhin mit hohen Zuwanderungen zu rechnen ist. Und das ist erst der Anfang. Denn wir denken noch viel zu sehr an Flüchtlinge aus Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten und viel zu wenig an Klimaflüchtlinge, für die es noch gar kein rechtliches Konzept gibt in der Bundesrepublik. Indirekte Klimaflüchtlinge sind zum Teil auch schon unter den Flüchtlingen, die jetzt schon aus Syrien zu uns kommen. Dort breitet sich nämlich die Wüste aus, was viele in

die Städte getrieben hat. Wir stehen also erst am Anfang von großen weltweiten Wanderungen.

Was bedeutet das für uns und Europa?

BADE: Die westliche Welt ist der größte Klimasünder weltweit und müsste bereit sein, die Last der Folgen mitzutragen. Dazu gehören auch die Klimaflüchtlinge. Wir müssen beim Helfen lernen, dass Teilen mehr ist als Spenden. Wenn Europa die sogenannte Flüchtlingskrise nicht bewältigen kann, steht die EU in Frage.

Wie kann man gegensteuern?

BADE: Will Europa dieses Problem bewältigen, braucht es ein komplett neues europäisches Asylrecht mit Quoten für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden, am besten zugleich mit supranationalen Agenturen – mit einer Asylagentur und einer Arbeitsagentur, die vermittelnde Funktionen haben. Und den in Sachen Flüchtlingsaufnahme sperrigen jungen europäischen Staaten wie Polen oder Tschechien muss vermittelt werden, dass es in der EU nicht nur um eine Zugewinne-

meinschaft geht, sondern eben auch darum, in gemeinsame Probleme zu investieren.

Sollte man auf Bürgerkriegsstaaten Einfluss nehmen?

BADE: Europa alleine wird wenig tun können. Es wird immer irrtümlich geredet von einer Flüchtlingskrise, in Wirklichkeit ist es aber eine Weltkrise, die Flüchtlinge ausstößt. Deswegen brauchen wir eine UN-Weltkonferenz zu Flüchtlingsfragen, wie zum Beispiel bei den Klimafragen – am besten verbunden mit einer Flüchtlingsdekade, in der man sich zehn Jahre lang weltweit um die Ursachen der Fluchtbewegungen kümmert. Dann kann man ein Stück weit vorankommen. bit

### ZUR PERSON

Prof. em. Dr. Klaus J. Bade ist Migrationsforscher, Publizist und Politikberater. Der Wahlberliner war Begründer des Osnabrücker „Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien“.